

Deutschlands Platz an der Sonne

Ein Briefwechsel englischer Politiker
aus dem Jahre 1915

Herausgegeben von

Ferdinand Tönnies

ord. Professor der Staatswissenschaften
an der Universität Kiel



Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

1915

Verlag von Julius Springer in Berlin

Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung

Von

Ferdinand Tönnies

ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel

5. Tausend

Preis M. 1,—

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Deutschlands Platz an der Sonne

Ein Briefwechsel englischer Politiker
aus dem Jahre 1915

Herausgegeben von

Ferdinand Tönnies

ord. Professor der Staatswissenschaften
an der Universität Kiel



Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

Peccasse enim se non anguntur, obiurgari moleste ferunt: quod contra oportebat, delicto dolere. correctione gaudere.

Cic., Lael. de amic., c. XXIV.

Vorwort.

Die hier vorgelegten englischen Meinungsäußerungen (aus der Londoner Wochenschrift „*The New Statesman*“) über das Thema „Deutschlands Platz an der Sonne“ dürfen eine politische Bedeutung in Anspruch nehmen.

Der an der Spitze stehende Artikel von Sir Harry Johnston ist zwar ausgesprochen deutschfeindlich, aber er ist doch aus nüchterner Erwägung der Tatsachen hervorgegangen und sticht dadurch sehr vorteilhaft ab gegen das schwachsinnige Gewäsch, dessen sich sogar namhafte Historiker und Politiker über Nietzscheanismus und dergleichen schuldig machen¹⁾. Sir Harry Johnston ist ein Kenner Afrikas. Er war zuletzt Generalkonsul in Uganda. Er ist immer für humane Behandlung der Neger eingetreten. Sein im Jahre 1910 erschienenes Buch über die Neger in Afrika genießt hohen Ansehens.

Der hier mitgeteilte Artikel ist für uns vorzüglich merkwürdig durch die Antworten, zu denen er Anlaß gegeben hat. Sein Hauptgegner, der sich als sein persönlicher Freund vorstellt, Herr E. D. Morel, ist gleichfalls ein bekannter Schriftsteller über afrikanische politische Fragen und war während der letzten Jahre Sekretär der *Congo Reform Association*. Er hat mehrere Schriften über den Kongo und ein Buch über Nigeria verfaßt, von dem die Times gesagt hat: „Die Schrift ist klar, und die Ansichten darin sind kühn. Herrn Morels persönliche Eindrücke umfassen manche gewaltige Gedanken und Anregungen. Sein Buch hat überhaupt hervorragenden Wert für den Forscher wie für den praktischen Politiker.“

Endlich besitzen wir von ihm ein wichtiges Werk „*Morocco in diplomacy*“, London 1912, worin er — vor Ausbruch des Krieges — die Gedanken viel ausführlicher dargestellt und begründet hat, die in den hier mitgeteilten Briefen wiedererscheinen. Daß er diese Gedanken auch jetzt noch ohne Einschränkung vertritt, macht seinem Mut und seiner Aufrichtigkeit Ehre.

¹⁾ Auch im „New Statesman“ wird vorzugsweise solches Gewäsch zutage gefördert.

Das letzte Stück rührt von einem anonymen in Paris lebenden Verfasser her, dessen beißende Ironie vielleicht auf englische von *cant* benebelte Seelen noch reizvoller wirkt als Morels bitterer Ernst¹⁾. Aber Ernst wie Ironie sind uns wertvoll als deutliche Zeichen, daß Wahrheit und Gerechtigkeit sich nicht unterdrücken lassen. Ein Mann wie Morel wird den Vorwurf unpatriotischer Gesinnung über sich ergehen lassen müssen, der so oft diejenigen trifft, die das wahre Wohl ihres Landes erkennen und verteidigen. In Wahrheit ist es der unerschrockene Tatsachen-Sinn, der ihn wie so manche Engländer und Schotten auszeichnet, und seine Absicht ist im wie vor dem Kriege nur darauf gerichtet, „auszusprechen was ist“ — die nackte und häßliche Wirklichkeit seinem Volke und der Welt vor Augen zu führen, daß die britische Politik des liberalen Kabinetts seit 9 Jahren nicht nur beflissen gewesen ist, das Deutsche Reich einzukreisen, sondern auch die Übergriffe Frankreichs, seine offene Verletzung dessen, was öffentliches Recht für Europa geworden war (der Algeciras-Acte), gutgeheißen und unter seinen Schutz genommen hat, lediglich um den billigen Ansprüchen Deutschlands auf einen Platz an der Sonne entgegenzuwirken. — Die Belehrungen der beiden englischen Politiker sind vorzüglich geeignet, auch in neutralen Ländern, ja in Österreich und in Deutschland, diejenigen Friedensfreunde aufzuklären, die noch in dem kindlichen Wahne leben, es handle sich in dieser welthistorischen Katastrophe darum, daß der brave „Westen“ in Deutschland die „Demokratie“ vermissen und es für seine Aufgabe erachte, den preußischen Militarismus auszurotten. „Respekt vor den Rechten anderer Nationalitäten“ verlangen die Mörder der irischen Nationalität, vor den Rechten kleiner Staaten die Unterdrücker Indiens, Ägyptens, Persiens, vor den Rechten der unteren Klassen die Herren des Landes, in dem die Klassenscheidung ein Abgrund ist, die in anderen Ländern einen tiefen Graben darstellt. *Quis tulerit Gracchos — ?*

Ferdinand Tönnies.

¹⁾ Bemerkenswert ist folgendes: Zu jeder Kundgebung Morels hat die Redaktion der Wochenschrift kritische Anmerkungen gemacht (die letzte habe ich als unerheblich ausgelassen, sie rief noch eine bündige Schlußantwort Morels hervor). Einer Anmerkung zu dem Briefe des Anglo-French hat sich dieselbe Redaktion gänzlich enthalten.

I.

War Britannien Deutschland im Wege?

Von H. H. Johnston.

(*New Statesman*, Febr. 6, 1915.)

Obleich ich eine Zeitlang in den Vereinigten Staaten und Kanada war und Vorträge über die Ursachen des gegenwärtigen Krieges hielt, bin ich doch in enger Berührung mit dem britischen Zeitungswesen, mit Büchern und Flugschriften geblieben, die kürzlich erschienen sind, und die sich bemühen, die britischen Ansichten über den Krieg auseinanderzusetzen, um dadurch sowohl im Inlande wie im Auslande aufklärend zu wirken. Ich habe auch die amerikanischen Schriftsteller über diesen Gegenstand gelesen und habe mit einer oder zwei Ausnahmen (wie z. B. Herrn F. Simonds Buch über den „großen Krieg“) nirgends eine richtige und sachliche Darstellung des Problems gefunden. Entweder (in Amerika) der Schriftsteller ist deutschfreundlich und bestrebt sich, die Wahrheit zu entstellen, um Deutschland rein zu waschen, oder (wie in England) man greift Ministerien und Minister an oder läßt sich durch anti-deutsche Vorurteile so irreführen¹⁾, daß man herauszufinden meint, die geheime Richtung des Britischen Auswärtigen Amtes seit dem Regierungsantritt des König Eduard sei einzig und allein darauf abgestimmt gewesen, jeden deutschen Versuch, das Deutsche Reich zu vergrößern, zu hindern, oder daß britische Staatsmänner gegen alle Warnungen, Deutschlands Ehrgeiz und Deutschlands Absichten betreffend, taub gewesen seien.

Ich befinde mich nun zufällig in der Lage, die tatsächlichen Verhältnisse des internationalen Verhandeln und Feilschens

¹⁾ Der Leser bemerke wohl, daß dieser Autor diese Auffassung als auf antideutschem *bias* beruhend darstellt. (Anm. des Herausgebers.)

(erfolgreich oder fruchtlos) seit dem Jahre 1904¹⁾ zu kennen, und ich weiß, daß die erwähnten Beschuldigungen das Gegenteil von der Wahrheit sind.

Die schutzzöllnerische Propaganda des Herrn Joseph Chamberlain, besonders jene Seite derselben — für viele von uns eine sehr anziehende Seite —, welche das weite britische Reich zu einem Monopol für den britischen Handel machen sollte, trieb Deutschland zuerst mit Entschiedenheit auf die Bahn der kolonialen Expansion, gab zuerst dem deutsch-amerikanischen Gedanken eine anti-britische Richtung. Die Vergegenwärtigung dessen, was möglicherweise die Folgen eines großen Reichs-Zollvereins mit Vorzugszöllen zugunsten des britischen Handels sein konnten (nämlich ein von den übrigen Völkern mit Deutschland an der Spitze gegen das britische Reich unternommener Krieg), veranlaßte viele britische Politiker und Journalisten, sich in das Lager der Freihändler zurückzugeben. Wenn wir durch die Aufrechterhaltung des Freihandels im ganzen britischen Reich, speziell in dem Teil, der von London aus regiert wird, einen Kampf auf Leben und Tod mit Deutschland abwenden konnten, wollten wir in unsern weiten Besitzungen eine Politik des offenen Marktes vorziehen. Wir dachten an das Schicksal von Venedig, Spanien und Portugal, welche Länder einst einen andern, einen selbstsüchtigen Weg einschlugen. Aber mittlerweile entwickelte Frankreich in seinen überseeischen Besitzungen eine koloniale Politik, welche die Absicht verfolgte, den fremden Handel auszuschließen. Dasselbe Bestreben zeigten Rußland, Japan, Italien, Portugal und der belgische Kongostaat. Was würde Deutschlands Schicksal sein, wenn die Länder, die ihm seine Rohstoffe lieferten und die Abnehmer seiner Industrie-Erzeugnisse waren, ihm schließlich abgesperrt wurden? Indessen waren diese Befürchtungen des deutschen Auswärtigen Amtes und Kolonialamtes sicher

¹⁾ Als ein genauer Kenner afrikanischer Verhältnisse, sowohl in wissenschaftlicher wie politischer Hinsicht, ist Sir Harry Johnston während der letzten zehn Jahre beständig in direkter Verbindung mit den amtlichen Behörden der meisten europäischen Staaten gewesen und hat so die seltene Gelegenheit gehabt, die wirkliche Stellung Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Italiens und Portugals wie auch Großbritanniens zu den Gegenständen, die in diesem Artikel erörtert werden, kennen zu lernen. (Red. des „New Statesman“.)

übertrieben, da Deutschland sich bereits Kolonien in der Größe von mehr als einer Million (englischer) Quadratmeilen gesichert hatte und außerdem schwerlich von den amerikanischen Märkten und der Mehrzahl der europäischen Märkte ausgeschlossen werden konnte. Aber das war die zugrunde liegende Ursache der zunehmenden deutschen Erregtheit über neue Erwerbungen seiner europäischen Rivalen in Afrika, Europa und Asien und seines Bestrebens, seit 1905 mit Frankreich wegen Nordafrikas Handel zu suchen.

Viele Leute in Britannien und selbst in Frankreich machten sich klar, wie weit jene deutschen Sorgen begründet seien, und bemühten sich, dieselben zu zerstreuen. Obgleich an Stellen der britischen Zentral-Regierung starke anti-deutsche Stimmungen vorhanden waren, so wurde diesen doch kein Einfluß in unserer auswärtigen Politik eingeräumt nach der Richtung hin, übertriebene (*unduly*) Ansprüche des deutschen Ehrgeizes zurückzudrängen. Indessen ließen wir nie eine Gelegenheit vorübergehen, um folgende vier Punkte zu betonen: Erstens die Unverletzlichkeit Belgiens und Luxemburgs; zweitens die Frankreichs innerhalb seiner jetzigen Grenzen; drittens Hände weg von Marokko, und viertens, daß die Frage der Dardanellen und Konstantinopels nicht gegen die Interessen Rußlands entschieden werden dürfte. Warum diese *volte-face*¹⁾ um Rußland und den kranken Mann des Orients? Weil wir nach der Einführung des Benzin-Motors und der wachsenden Bedeutung des russischen Getreides für die westliche Welt fühlten, daß wir niemals einer deutsch-österreichischen Kombination gestatten dürften, Rußland auf das Schwarze Meer zu beschränken und — je nach ihrem Bedarf — den unschätzbaren wertvollen Ausfuhrartikeln dieses Landes den Zugang nach West-Europa zu verschließen. Abgesehen von diesen vier Bedingungen wollten wir Deutschlands Bestreben, sich zu erweitern, keine Hindernisse in den Weg legen. Unsere Politik wurde nicht von Gefühlen geleitet, sondern von der klaren Vorstellung unserer nationalen Bedürfnisse. Wir waren verpflichtet, Belgien gegen Deutschland, Frankreich oder Holland zu verteidigen, weil die Besitzergreifung der belgischen Küste durch eine möglicherweise feindselige Macht ernstlich London und die britische Herrschaft

¹⁾ etwa = „Kehrtmachen“.

über den Kanal und die Nordsee, kurz die britischen Seewege bedrohen mußte. Wir konnten eine Okkupation Luxemburgs durch eine fremde Macht nicht zugeben, weil dadurch Belgien bedroht wurde. Wir durften eine deutsche Besitzergreifung französischen Gebietes nicht dulden, weil die Deutschen dadurch näher an den Kanal herankommen und Belgien von sich abhängig machen konnten. Wir konnten einer deutschen Festsetzung in Marokko nicht zustimmen, weil eine solche Festsetzung unvermeidlich zu einem deutsch-französischen Krieg und zu einer deutschen Eroberung des größten Teils von Nordwest-Afrika geführt hätte, und dies wiederum Deutschland die Herrschaft über die westliche Einfahrt in das Mittelmeer gegeben hätte und außerdem die Macht, den Weg nach dem Kap zu gefährden. Man braucht nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen, um zu erkennen, daß es mehr im Interesse Großbritanniens als (möglicherweise) in dem Frankreichs lag, Deutschland aus Marokko fernzuhalten und ebenso — allerdings eine Sache von etwas geringerer Bedeutung — Deutschland von Tripolis fernzuhalten. Was Konstantinopel und das Türkische Reich betrifft, so war es aus den Reden verantwortlicher englischer Staatsmänner, von Lord Salisbury an, bekannt, daß wir dies als eine Angelegenheit betrachteten, die in erster Linie zwischen Deutschland und Rußland ausgemacht werden müsse.

Abgesehen von diesen Einschränkungen, taten wir seit 1910 nichts, um Deutschland in seinen Ausdehnungsplänen zu hindern. Wir gelangten allmählich zu einem Abkommen über die Bagdad-Bahn, wodurch Deutschland Herr über den größeren Teil (zwei Drittel) der asiatischen Türkei geworden wäre. Wir empfahlen Frankreich und Rußland, Deutschland dieselben Rechte einzuräumen. Wir haben Serbien nicht in seiner anti-österreichischen Politik ermutigt. Österreich hätte einen Weg zu einem Hafen am Ägäischen Meere (hinreichend auf alle Fälle für Handelszwecke) gewinnen können, wenn es Serbien weniger nach preußischer Art behandelt hätte, und Rußland würde das Abkommen gutgeheißen haben, wenn man ihm hinreichende Garantien hinsichtlich Konstantinopels und der Dardanellen gegeben hätte.

Was Afrika betrifft, so haben französische Staatsmänner klare Andeutungen fallen lassen, daß, wenn Deutschland Metz und den französisch sprechenden Teil von Lothringen an Frank-

reich zurückgeben und jeden Gedanken der Vereinigung Luxemburgs mit Deutschland aufgeben würde, Frankreich geneigt wäre, sein Vorkaufsrecht auf Belgisch-Kongo an das Deutsche Reich zu überlassen und den größeren Teil von Französisch-Kongo an Deutschland abzutreten. Belgien ferner hätte vielleicht Deutschlands Einfluß in großen Teilen seines zentralafrikanischen Gebietes als Ausgleich gegen Deutschlands *désintéressement* in Luxemburg zugelassen. Sir Edward Grey hat öffentlich erklärt, daß irgendwelche Gebietsveränderungen in Mittelfrika zu Deutschlands Vorteil und durch Abschließung von Vergleichen mit anderen Mächten erlangt, nicht von Großbritannien bekämpft werden würden. Ferner ist es ein offenes Geheimnis, daß er nicht lange vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges eine Urkunde vorbereitet hatte, welche Deutschland ähnliche Vorteile im portugiesischen Westafrika sichern sollte, Portugals Einverständnis vorausgesetzt, und um dies zu ermöglichen, sollten ältere britische Interessen und Kapitalanlagen aufgegeben werden. Wir hatten Deutschland gleiche Rechte in China zugestanden. Wir waren Deutschlands Wunsch, eine wichtige Kabelstation und drahtlose Station in Liberia zu gründen, nicht entgegengetreten (wie wir dies wegen früherer Abmachungen hätten tun können). Wir hatten Deutschland Samoa überlassen, Helgoland an Deutschland abgetreten und sogar die Abtretung Sansibars erörtert. Wir hatten alles, was in unserer Macht stand, getan, um Deutschland zufriedenzustellen und den Weg für eine dauernde anglo-deutsche Freundschaft zu ebnen.

Um daraus auch eine endgültige Verständigung mit Frankreich hervorgehen zu lassen, war es nur nötig, Metz und die Linie der Seille — einige 450 (englische) Quadratmeilen zurückzugeben¹⁾. Aber dieser Gedanke, obgleich günstig aufgenommen in Süddeutschland und in einigen westlichen Städten, wurde heftig bekämpft in Berlin. Die Hohenzollern-Essen-Dynastie und Geheimverbindung hielt sich nach dem Winter von 1913/14 für

¹⁾ Vierhundert und fünfzig englische Quadratmeilen als Abschlagszahlung für ein glänzendes Reich von mehr als zwei Millionen Quadratmeilen! Aber für Frankreich hatte dies die Bedeutung einer Garantie gegen jeden künftigen Angriffskrieg, und um diese Garantie zu erlangen, war Frankreich geneigt, überall, ausgenommen in Nordafrika, sich freigebig seiner Rechte zu entäußern. (Anm. des Verfassers.)

stark genug, um jedes Bündnis europäischer Mächte gegen Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei niederzukämpfen. Man meinte, daß die Zwischenfälle von Zabern Frankreich zu einer Unbesonnenheit verleiten könnten. Das Schicksal wählte indessen die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand — und das Übrige ist bekannt.

Einige Kritiker haben geäußert, die britische Regierung hätte sich durch die auf dem langsam fließenden Wasser treibenden Strohhalme warnen lassen mögen und sich rechtzeitig ein großes Heer so gut wie eine ungeheure Flotte zulegen müssen. Aber wie konnte sie das? Würde die Nation oder das Reich solche Rüstungen auf unbestimmten Verdacht hin gutgeheißen haben? Würde nicht Amerika uns angeklagt haben, daß wir den Krieg provozierten? Alles, was wir tun konnten, war, die Hoffnung zu hegen, daß der Kaiser sich eines so ungeheuren Mißgriffs enthalten und die Linie des geringsten Widerstandes gegen seinen berechtigten Ehrgeiz suchen werde, eine Linie, die frei und offen vor ihm lag.

Die Achtung vor Verträgen kann zu weit getrieben werden und einen Geschmack von jener Pecksniffischen Heuchelei¹⁾ annehmen, die gewisse amerikanische Äußerungen jetzt gerade so widerwärtig macht. Verträge haben nicht verhindert, daß wir den Zerfall des Ottomanischen Reiches geschehen ließen. Aber was uns gegen Belgien verpflichtete, war die bittere Notwendigkeit der Selbstverteidigung. Die Besitzergreifung Belgiens ruhig hinzunehmen, hätte bedeutet, uns widerstandslos der deutschen Suprematie auszuliefern. Ich finde, daß muß ich gestehen, Präsident Wilsons „Neutralität“ kaum erträglich. Er spricht von uns, als ob wir ebenso sehr für diesen entsetzlichen Krieg verantwortlich wären wie Deutschland²⁾. Er muß sehr wenig von Geographie und Strategie verstehen, wenn er nicht erkennt, daß von dem Augenblick an, wo Deutschland die belgische Grenze überschritt, von dem Augenblick an, wo die deutsche Regierung es als ihre Absicht hinstellte, Frankreich Marokko abzunehmen, ein Krieg dem

¹⁾ Anspielung auf eine Figur der Dickensschen Pickwickier. (Anm. des Herausgebers.)

²⁾ Man bemerke wohl: für diesen (ohne Zweifel subjektiv ehrlichen) Engländer ist es beinahe ein Bruch der Neutralität, daß Hr. Wilson den englischen Standpunkt nicht rund und voll sich zu eigen macht!! — (Anm. des Herausgebers.)

Britischen Reiche aufgenötigt worden ist von einer Macht, die längst entschlossen war, gegen unsere vitalsten Verteidigungspunkte den tödlichen Schlag zu führen.

Die Punkte also, die ich klarzustellen wünschte, sind diese: Es ist unwahr, daß dieser Krieg Deutschland aufgezwungen worden ist, und es ist unwahr, daß dem Deutschen Reiche die legitimen Absatzgebiete und Garantien für seinen Welthandel verweigert worden sind.

II.

Deutschlands Platz an der Sonne.

Von E. D. Morel.¹⁾

Gehrter Herr.

Es ist nicht besonders angenehm, in einer öffentlichen Meinungsverschiedenheit eine Lanze mit einem Freunde zu brechen, und ich glaube doch, daß meine lange Bekanntschaft mit Sir Harry Johnston mir das Recht gibt, mir diesen Titel beizulegen. Aber es gibt Veranlassungen, wo man fühlt, daß man nicht anders handeln kann.

Seinen Brief an Sie beginnt Sir Harry Johnston damit, daß er es als selbstverständlich hinstellt, daß die nationalen Bedürfnisse eines großen Industrievolkes, wie die Deutschen es sind, die immer größere Mengen Rohstoffe für Industriezwecke importieren, ganz abgesehen von Lebensmitteln, ernstlich bedroht wären, wenn Großbritannien seine Freihandelspolitik aufgeben würde. Er behauptet mit Recht — und hat dies mit unwiderstehlicher Logik auch an einer anderen Stelle getan —, daß eine Politik, die es sich zur Aufgabe machte, die weiten Gebiete des britischen Reiches in einen monopolistischen Bezirk für den britischen Handel zu verwandeln, eine Gefahr für die rechtmäßigen Interessen anderer Völker sein würde und daß die Ausführung eines Programms, das mehr oder weniger offen dies Ideal zum Ziel hat, in Deutschland, das am schwersten dadurch getroffen worden wäre, Befürchtungen ernster Art veranlassen mußte. Er berührt indessen nicht den damit eng verbundenen Umstand, daß die Entschlossenheit des englischen Auswärtigen

¹⁾ Eine Entgegnung auf den Artikel von H. H. Johnston: „War Britannien Deutschland im Wege?“ In der Form eines Briefes an die Redaktion der Wochenschrift „The New Statesman“. „New Statesman“, Feb. 13, 1915.

Amtes, die überseeischen Erwerbungen einer kontinentalen Macht zu unterstützen, die dieselbe Politik verfolgt und die nächst uns die größten tropischen und subtropischen Gebiete besitzt, ebenso geeignet war, Besorgnisse um die Zukunft in Deutschland zu erwecken. Allerdings stützt Sir Harry Johnston seine Argumentation *inter alia* etwas dadurch, daß er hervorhebt, Deutschland selbst besitze ein Kolonialgebiet von einer Million Quadratmeilen. Aber etwa der dritte Teil von diesem Besitz bestand aus Deutsch-Südwest-Afrika, einem Gebiet von geringem Wert, dessen einziger nennenswerter Hafen noch dazu in britischen Händen war.

Sir Harry Johnston behauptet dann weiter, daß, abgesehen von einigen Ausnahmen, wir niemals den deutschen überseeischen Bestrebungen entgegengetreten seien, welche er, an sich, weder ungerechtfertigt noch sonderbar findet. Wenn er aber an seine besondere Darstellung jenes Beweisgrundes herangeht, so wäre es schwer, ein zwingenderes Argument für das Recht der deutschen Sache zu finden, wie es gerade heute in neutralen Ländern und besonders in Amerika eifrig betont wird. Und welches ist diese deutsche Sache? Welches sind die wesentlichsten deutschen Beweisgründe für eine starke Flotte gewesen im Gegensatz zu der britischen Ansicht, daß eine solche Flotte nur aggressive Zwecke gegen England haben könnte? Die Deutschen haben behauptet, und ihre Fürsprecher in den neutralen Staaten behaupten heute noch, daß Deutschlands steigende Bevölkerungszahl es aus der kontinentalen Sphäre hinausgetrieben und es gezwungen habe, eine Macht mit weltweiten Interessen zu werden; daß das beständige Sichfügen in die von England beanspruchte Herrschaft zur See nichts anderes bedeutet hätte, als die deutsche Weltpolitik beständig unter der Vormundschaft von *Downing Street* zu halten, und daß der einzige Weg, um aus dieser Vormundschaft herauszukommen, eben der Bau einer „achtunggebietenden“ Flotte war.

Nun sehe man sich Sir Harry Johnstons unbewußte Rechtfertigung dieser Ansicht an. **Wir** konnten, erzählt er uns, Deutschland nicht erlauben, sich in Marokko festzusetzen. **Wir** konnten ihm nicht erlauben, Tripolis zu besetzen. **Wir** gestanden ihm gnädigst „gleiche Rechte“ in China zu. **Wir** erlaubten ihm tatsächlich, daß es eine Kabelstation in Liberia haben durfte! Diese

Länder gehören uns nicht, und doch beanspruchen wir, mit unbewußter Anmaßung, Deutschlands Beziehungen zu ihnen zu regeln. Ich wundere mich nur, daß wir uns nicht einmal selbst fragen, wie **England** diese gnädige Herablassung und tatsächliche Hafensperre angesehen haben würde, wenn die Rollen vertauscht wären! —

Ich will noch auf einen anderen Punkt hinweisen — und nur im Vorübergehen daran erinnern, daß das (britische) Auswärtige Amt tatsächlich jahrelang das Bagdadbahn-Projekt bekämpft hat —, hinweisen will ich nur noch auf Marokko. Sir Harry Johnston schreibt: „Wir ließen indessen nie eine Gelegenheit vorübergehen, folgende vier Punkte gegen Deutschland scharf zu betonen“. Der dritte dieser vier Punkte war: „die Hände weg von Marokko“, und zuletzt bringt er seinen Unwillen gegen den Präsidenten Wilson zum Ausdruck. Er findet des Präsidenten Neutralität „kaum erträglich“ und fährt in bemerkenswerter Weise fort:

Er (der Präsident) muß sehr wenig von Geographie und Strategie verstehen, wenn er nicht erkennt, daß von dem Augenblick an, wo Deutschland die belgische Grenze überschritt, von dem Augenblick an, wo die deutsche Regierung es als ihre Absicht hinstellte, von Frankreich die Abtretung Marokkos zu erzwingen, ein Krieg dem britischen Reiche aufgeötigt worden ist von einer Macht, die längst entschlossen war, gegen unsere vitalsten Verteidigungspunkte den tödlichen Schlag zu führen.

Den ersten Punkt, Belgien betreffend, übergehe ich hier, weil, wie ich glaube, über die Unvermeidlichkeit eines deutsch-englischen Krieges infolge der deutschen Besetzung Belgiens im Jahre 1914 in unserem Lande es nur eine Meinung geben kann. Aber, was den Punkt betrifft, der sich auf Marokko bezieht, da möchte man ausrufen: *Et voilà comment s'écrit l'histoire!* Der Raum in dieser Wochenschrift gestattet mir leider nicht, auf die Marokko-Angelegenheit näher einzugehen. Aber dies wenige möchte ich hervorheben. Die deutsche Regierung hat, so weit ich unterrichtet bin, niemals die Absicht kundgegeben, Frankreich Marokko abzunehmen. Sie widerstand hartnäckig (und wurde deshalb heftig angegriffen) dem Drängen der deutschen

Kolonialleute, ihrer konsequenten Politik, für die Aufrechterhaltung der „offenen Tür“ in Marokko zu wirken, eine Politik kolonialer Abenteuer aufzupropfen. Zwanzig Jahre lang arbeitete die deutsche Regierung für die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos und für die offene Tür in einem Lande, das sie mit Recht als einen wichtigen Markt für Bergwerksprodukte und Handelsverkehr überhaupt ansah. Graf Tattenbach und sein britischer Kollege arbeiteten lange Zeit in Fez und Tanger zusammen, und Caprivi unterstützte Lord Salisburys Mission an den Sultan. Als wir für ein angemessenes *quid pro quo*, das uns anderswo geboten wurde, diese Politik aufgaben¹⁾, setzte die deutsche Regierung ihre Bemühungen fort, sie aufrechtzuerhalten, und machte zu diesem Zwecke von den anerkannten Begriffen des Völkerrechts Gebrauch. Und als sie gezwungen wurde, den Kampf aufzugeben, war sie nicht unmoralischer als die unsrige, indem sie Kompensationen von Frankreich verlangte.

Es gibt keine Tatsachen, die in den letzten Jahren in solchem Umfange und mit solcher Hartnäckigkeit falsch wiedergegeben worden sind — trotz urkundlicher Gegenbeweise, die dies Verfahren als unentschuldigbar erscheinen lassen —, als die Geschichte der bezüglichen Rollen, die England, Frankreich und Deutschland in der Marokkofrage gespielt haben. Das Nettoresultat des Streites, worin Deutschland, für diesmal wenigstens, sich auf das öffentliche Recht in Europa stützte, mußte alle Klassen in Deutschland überzeugen, daß das offizielle England entschlossen sei, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, Deutschlands Übersee-Expansion, sowohl was Landerwerb betraf (in Verbindung mit den Abmachungen über „Kompensationen“ im französischen Kongogebiet), als auch in ökonomischer Hinsicht zu bekämpfen, und zwar in dem Interesse einer Macht, deren hohe Vorzüge unberührt bleiben durch die Tatsache, daß sie in den letzten 30 Jahren, hauptsächlich durch Eroberung, ein Gebiet erworben hat, das ebenso groß ist wie die Vereinigten Staaten, und darin einen ausschließenden Bereich für die Tätigkeit des französischen

¹⁾ Hinweisung auf den Vertrag zwischen England und Frankreich vom 8. April 1904, der einer Teilung Nordafrikas gleichkam, insbesondere (durch die geheimen Artikel, die der Temps im Nov. 1911 bekannt gab), einer Auslieferung Marokkos an Frankreich, mit einigen Vorbehalten zugunsten Spaniens (für England). (Anm. des Herausgebers.)

Handels und für französische Finanzoperationen geschaffen hat, soweit als das Netzwerk der Differential-Tarife es zuläßt.

Der Marokkstreit war eine jener Episoden in der Geschichte eines Volkes, die unaustilgbare Spuren in seiner Entwicklung hinterläßt und aus den ineinandergreifenden Verhältnissen Ketten schmiedet, die einer fernen Nachkommenschaft noch anhaften. Ich kam damals zu der Ansicht, daß die einzige Hoffnung, einen anglo-deutschen Konflikt abzuwenden, die wäre, daß das Parlament die wirklichen Tatsachen über jenen Streit an das Tageslicht brächte, woraus auf dieser Seite der Nordsee das wahrhaft vernünftige Bestreben¹⁾ hätte entspringen können, die nationalen Bedürfnisse Deutschlands von Grund aus zu prüfen, natürlich mit Einschluß des Flottenproblems. Aber das Parlament tat dies nicht, und die Erinnerungen an Marokko blieben eine eiternde Wunde in den Beziehungen zwischen beiden Ländern (sie stärkten die Jingoos und schwächten dementsprechend die Mächte des Friedens), wozu das kürzlich erschienene französische Gelbbuch einige schlagende Beweise liefert²⁾).

Wofern die britische Politik heute nicht darauf gerichtet ist, Deutschland zu verkleinern, das Werk der politischen Einheit der deutschen Staaten zu zerstören und künftig die deutsche Energie auf den europäischen Kontinent zu beschränken, werden die in Sir Harry Johnstons Brief genannten Probleme auch noch nach der Besiegung Deutschlands zu Land und zu Wasser und selbst nach seiner „ökonomischen Erdrosselung“ bestehen bleiben. Natürlich, wenn es eine gute und keine böse Sache ist, daß wir mit Deutschland auf Leben und Tod kämpfen, und wenn das, was ich eben berührt habe, unsere Politik ist — schön! Daß das vom Standpunkt britisch-nationaler Interessen eine wahnsinnige Politik wäre, ist eine Ansicht, die in diesem Augenblick nicht bewiesen werden kann. Aber es scheint nicht, daß es irgend einen nützlichen Zweck hat, die Legende über die Vergangenheit fortbestehen zu lassen und so zu tun, als ob unsere Rolle die des

¹⁾ Im Texte: „the truly national attempt“. Ich halte national für einen Druckfehler anstatt rational. (Anm. des Herausgebers.)

²⁾ Verf. denkt offenbar vorzugsweise an Nr. 5. Das Gelbbuch ist in deutscher Übersetzung im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. (Dokumente zum Weltkrieg 1914. Herausgegeben von Eduard Bernstein. VI.)

gekränkten und eingeschüchterten Lammes gewesen wäre in diesen traurigen Jahren, denen so vieles fehlte, darunter auch ein Staatsmann, sowohl auf dieser wie auf der anderen Seite der Nordsee. Die Legende dient nur dazu, uns in den Augen der neutralen Völker lächerlich zu machen. E. D. Morel.

Anmerkung der Redaktion des „New Statesman“:

Wir wollen einer Antwort, die Sir Harry Johnston auf diesen Brief etwa zu geben wünscht, nicht vorgreifen, aber wir müßten sicherlich aus dem Briefe schließen, wenn eine solche Annahme nicht unmöglich wäre, daß Mr. Morel das Britische Weißbuch¹⁾ — Dokument Nr. 85 — nicht gelesen hat; denn dies enthält ein so klares und bestimmtes Eingeständnis Deutschlands über seine Absicht, Frankreich Marokko abzunehmen, wie man nur immer von einem Diplomaten ein solches erwarten kann. Und was das betrifft, daß Marokko „eine eiternde Wunde in den Beziehungen zwischen England und Deutschland“ geblieben sei, so ist dies kaum vereinbar mit der zweifellos sicheren Tatsache, daß seit der letzten Marokko-Krise (obgleich natürlich nicht als Resultat derselben) jene Beziehungen viel freundlicher gewesen sind, als sie zu irgendeiner Zeit während der letzten zehn Jahre waren.

¹⁾ Dokumente zum Weltkrieg 1914 (s. S. 12 Anm. 2) Heft 2 u. 3. Das britische „Weißbuch“ (Original in Fol. Cd. 7467) ist in der schätzbaren deutschen Ausgabe Bernsteins als „Blaubuch“ bezeichnet worden. Die große Mehrzahl der englischen Regierungs-Publikationen erscheint bekanntlich in blauen Umschlägen (in-8^o).

III.

Antworten zu dem Artikel an die Redaktion des „New Statesman“.

(*New Statesman*, Febr. 20, 1915.)

1.

Gehrter Herr.

Ich pflichte Mr. Morel in den Hauptpunkten, die Entwicklung Afrikas betreffend, so vollständig bei, daß, wenn ich nicht in einigen Punkten anderer Meinung wäre, unsere Beziehungen allen Reiz verlieren und geradezu fade werden würden. Aber seit 1910 habe ich über die deutschen Interessen in Marokko unablässig Ansichten gehabt, die von den seinigen abweichen. Deutschland gab sich, wie ich recht gut weiß, den Schein, als ob es für den Freihandel in Marokko einträte und so im Einvernehmen mit und nicht gegen Britannien wirkte, aber die Entwicklung der Dinge im Jahre 1911 zeigte klar, daß Deutschland eher die Freiheit wünschte, sich selbst alle möglichen wertvollen Konzessionen in Marokko zu sichern, als daran dachte, einen unbeschränkten Freihandel der übrigen Völker in Mauretarien zuzulassen. Aber während ich die berechtigten kolonialen und industriellen Bestrebungen Deutschlands unterstützte, soweit irgendein Nichtdeutscher dies tun konnte, habe ich mit Entschiedenheit Deutschlands Absichten bekämpft, sich dort festzusetzen, da ich wußte, daß die unausbleiblichen Folgen davon die Vertreibung Frankreichs aus jener Gegend, die Beherrschung des Seeweges nach dem Kap der Guten Hoffnung und der westlichen Einfahrt ins Mittelmeer durch Deutschland sein würden, eine Herrschaft, die wir nicht in die Hände einer Macht kommen lassen durften, die unser größter und unser alleiniger unversöhnlicher Gegner war¹⁾.

¹⁾ Ein unversöhnlicher Gegner, der — auch nach den Mißhandlungen des Jahres 1911 — immer von neuem die Hand zum Ausgleich bot! (Anm. des Herausgebers.)

Vielleicht darf ich bei Gelegenheit dieser Erwiderung ein Wort der Erklärung über meine etwas scharfe Äußerung bezüglich der amerikanischen Neutralität sagen — wenigstens klingt die Äußerung jetzt scharf. Wie Ihnen bekannt ist, schrieb ich den Artikel Anfang Januar, aber er konnte nicht sofort veröffentlicht werden. Als ich ihn schrieb, war ich verdrießlich über die Neu-jahrsansprachen der Häupter der amerikanischen Regierung in Washington, welche, wie es schien, nach dem Thema abgefaßt waren: „Dem einen sechs und dem anderen ein halbes Dutzend“, d. h. die Schuld an diesem verheerenden Krieg allen Beteiligten in gleicher Weise beimaßen. Da ich großen Wert darauf legte, mein Vaterland von einsichtsvollen Amerikanern gerecht beurteilt zu sehen, äußerte ich mich etwas bitter über diese „unerträgliche Neutralität“. Denn welches auch immer die Mängel oder selbst die Fehler unserer Diplomatie zu irgendeiner Zeit während der letzten fünfzehn Jahre gewesen sein mögen, so steht doch das fest, daß dieser beklagenswerte Krieg, was Britannien und Frankreich und vielleicht auch Rußland betrifft, nichts anderes als ein uns aufgedrungener Verteidigungskrieg ist. Die von seiten Deutschlands zugegebene Absicht, Frankreich seiner Kolonien (und zwar in erster Linie Marokkos) zu berauben, wozu weiter der Einfall in Belgien kam, machten den Krieg für uns nicht nur unabwendbar, sondern machten ihn zugleich zu einem Kriege, in dem Britannien und Frankreich, in äußerst ungerechtfertigter Weise angegriffen, ganz wesentlich um ihre Existenz kämpfen.

H. H. Johnston.

2.

Geehrter Herr.

Ich hatte die Worte [in H. H. Johnstons Aufsatz] „von dem Augenblick an, wo die deutsche Regierung es als ihre Absicht hinstellte, Frankreich Marokko abzunehmen“, auf die Absicht bezogen, welche man der deutschen Regierung zur Zeit der Marokko-Krisis zuschrieb, und nicht auf irgendetwas, was im letzten Juli geschehen ist. Ich sehe daher jetzt, nachdem ich die Stelle im Lichte Ihrer Anmerkung gelesen habe, daß ich mich geirrt habe. Die Sache ist also einfach diese: Deutschlands Absicht, Frankreich Marokko abzunehmen, soll im letzten Sommer kundgegeben

worden sein, und den Beweis dafür will man in dem britischen Weißbuch, Dokument Nr. 85, finden.

In Nr. 85 steht kein Wort über Marokko. Nr. 85 gibt eine Unterredung wieder, die zwischen dem britischen Gesandten und dem deutschen Reichskanzler stattfand, und worin der letztere erklärt, daß er bereit sei, das feierliche Versprechen abzugeben, daß Deutschland, wenn es siege, kein französisches Gebiet annektieren werde, daß er aber nicht bereit sei, ein gleiches Versprechen bezüglich der französischen Kolonien zu geben. Es findet sich in dieser registrierten Unterredung keine Andeutung, daß der Kanzler Marokko im Sinne hatte. Er hätte eben so gut auch an Algerien oder Tunis oder Senegal oder Dahome oder Französisch-Kongo denken können. In der Tat findet sich in der Unterredung, wie sie überliefert ist, nicht eine einzige Silbe, die darauf schließen läßt, daß der Kanzler an irgendeine bestimmte französische Kolonie dachte. Der Bericht ist ein Bericht in allgemeinen Ausdrücken, und er erhebt, wie er uns vorliegt, nur die Forderung, daß im Falle des Sieges Deutschland nicht bereit sein würde, auf alle Früchte dieses Sieges zu verzichten.

Ich halte in vollem Umfange meine Behauptung aufrecht, daß „die Erinnerungen an Marokko eine eiternde Wunde in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern blieben“. Ich finde diese Behauptung nicht unvereinbar mit der Tatsache, daß, als die akute Gefahr der Krisis vorüber war, die Diplomaten auf beiden Seiten, nachdem sie bis an den Rand des Abgrundes vorgegangen waren, sich schaudernd zurückzogen und sich bemühten, etwas mehr gesunden Menschenverstand bei ihren Verhandlungen walten zu lassen. Aber die Vorfälle des 20. und 21. Juli 1911 hatten psychologische Wirkungen, die weit über die Wirkungen eines gewöhnlichen diplomatischen Streites hinausgingen. Sie trugen viel dazu bei, die allgemeine Atmosphäre zu vergiften, und um sie zu reinigen, war eine viel ernstere Anstrengung nötig als die verspätete Schlichtung der Bagdad-Angelegenheit und die auf dem Papier stehende Abgrenzung möglicher ökonomischer Einflußsphären in Angola.

13. Februar.

E. D. Morel.

Anmerkung der Redaktion des „New Statesman“.

Was den ersten Punkt betrifft, so steht es, wie wir meinen, Mr. Morel frei, zu glauben, daß der deutsche Reichskanzler, als er über eine etwa in Aussicht stehende Annexion französischer Kolonien sprach, an Senegal und Französisch-Kongo gedacht hat und nicht an Marokko, jenes alte Streitobjekt zwischen Frankreich und Deutschland, obgleich wir hätten glauben mögen, daß es kaum der Mühe wert war, eine solche Annahme als Beweisgrund auch nur vorzubringen. Aber der zweite Punkt ist weit wichtiger. Wir glauben, es ist völlig falsch und irreführend, zu behaupten, daß die anglo-deutschen Beziehungen während der drei letzten Jahre vor dem Kriege besonders unfreundlich waren, oder daß eine besonders „vergiftete Atmosphäre“ zwischen beiden Ländern bestand. Situationen dieser Art, die etwa durch die Krisis des Jahres 1911 hervorgerufen sein konnten, waren am Ende des Jahres 1912 mehr als beseitigt, denn seit jener Zeit sind unsere Beziehungen zu Deutschland herzlicher gewesen als zu irgendeiner Zeit seit der Gründung der *Entente*; und diese zunehmende Herzlichkeit war aus den diplomatischen Kreisen auch auf das Publikum in Deutschland übergegangen, und zwar so wirksam, daß kein Engländer, der im Jahre 1913/14 Deutschland besucht hat, verfehlt haben wird, es zu bemerken. Mr. Morel hat in dieser Sache eine besondere Lieblingsbehauptung zu verfechten, aber sie scheint uns mit völlig feststehenden Tatsachen nicht zu stimmen.

IV.

An den Herausgeber des „New Statesman“.

(*New Statesman*, Febr. 27. 1915.)

Geehrter Herr!

Ich stimme mit Sir Harry Johnston überein: es würde eine langweilige Welt, wenn wir alle eines Sinnes wären. Überdies dient eine auf schickliche Art geführte Diskussion dazu, die Vorstellungen zu klären, die eben jetzt an Überladung mit giftigen Dünsten leiden. Sir Harry Johnston behauptet, das Deutsche Reich habe sich den Anschein gegeben, für Freihandel in Marokko zu kämpfen. „Sich den Anschein gegeben?!“ Es hat diesen Kampf stetig 30 Jahre lang gekämpft, wie jeder britische Kaufmann, der mit Marokko in Verbindung steht, weiß: von der Madrider Konferenz 1880 bis zu dem schließlichen Abkommen mit Frankreich im November 1911; unter den Punktationen dieses Abkommens sicherte das Deutsche Reich nicht nur für seine eigenen kaufmännischen und industriellen Unternehmungen, sondern eben dadurch für die kaufmännischen und industriellen Unternehmungen aller Nationen, Bedingungen der „offenen Tür“ in Marokko, umgeben von einem Netzwerk ängstlicher Kautelen, die Gleichheit und billige Behandlung für jedermann sichern sollten. Indem es dies durchsetzte, nützte das Deutsche Reich sich selber, aber indem es sich selber nützte, nützte es der Welt. Des weiteren geht Sir Harry Johnston in seinem Briefe auf meinen Hauptpunkt nicht ein: Mein Hauptpunkt war, daß dieser Krieg nichts schlichten wird, wenn sein Abschluß unsere herrschende Klasse in derselben geistigen Verfassung beläßt; nämlich nach wie vor mit der Vorstellung behaftet, daß es für England möglich ist, einem Volk von 65 Millionen¹⁾, dessen Wachstum und industrielle Entwicklung es automa-

¹⁾ Heute etwa 68 Millionen. (Anm. des Herausgebers.)

tisch aus dem Bannkreise des Kontinentalismus herausgezungen hat, die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen sie ihre überseeischen Interessen vertreten sollen — nach wie vor erfüllt von der Idee, daß wir so etwas wie ein göttliches Recht des *Veto* über die Ausbreitung Deutschlands in den unentwickelten Gegenden des Erdballes haben — nach wie vor unter dem Eindruck der Meinung, das Problem, welches Deutschlands nationale Bedürfnisse darbieten, könne entweder als nicht vorhanden behandelt oder durch die agitatorische Redensart vom „zermalmenden deutschen Militarismus“ gelöst werden. In Wahrheit wird dies Problem in seinen wesentlichen Bestandteilen unberührt und unverändert bleiben, auch nach der etwaigen Räumung von Belgien und Nordfrankreich durch die deutschen Heere, sei es, daß diese als Ergebnis militärischen Zwanges oder als das Ergebnis internationalen Abkommens erfolge. In seinen weiteren Ausblicken ist jenes Problem ganz eigentlich ebensowohl ein englisch-deutsches als deutsches Problem, und wenn man ihm nicht mit gesunder Vernunft auf dem Grundsätze des Lebens und Lebenlassens ins Auge sieht, so werden dauernde Lasten finanzieller und militärischer Art auf das britische Volk gelegt werden, welche dieses früher oder später unerträglich finden wird, und es werden von außen her nationale Gefahren von einem tödlicheren Charakter sich einstellen, als diejenigen es sind, denen wir heute die Stirn zu bieten haben.

Ich wende mich zu Ihren eigenen Bemerkungen. Ich habe nicht gesagt, ich glaubte, der deutsche Reichskanzler habe in seiner Unterredung mit dem britischen Botschafter (Nr. 85 des britischen Weißbuches) an Senegal oder den französischen Kongo gedacht. Vielmehr sagte ich, es sei in jener Unterredung nicht die geringste Spur wahrzunehmen, daß er speziell an Marokko gedacht habe, oder daß seine Aussage mehr bedeute als eine allgemeine Wendung des Inhaltes, daß im Falle eines Sieges das Deutsche Reich nicht geneigt sei, alle Früchte dieses Sieges preiszugeben.

Was die englisch-deutschen Beziehungen und den Marokkostreit betrifft, so meinen Sie, ich habe eine Lieblingsbehauptung zu vertreten, und Sie deuten ziemlich unverhohlen an, daß ich Tatsachen verdrehe, um sie mit jener Lieblingsbehauptung stimmen zu machen. Der Vorwurf läßt mich kalt. Ich konstatiere

Tatsachen — ich verdrehe sie nicht. Diese Tatsachen haben einen üblen Beigeschmack, allerdings; aber das ist kein Grund, sie nicht zu konstatieren. Ich habe behauptet, daß die Erinnerungen an Marokko eine eiternde Wunde in den englisch-deutschen Beziehungen blieben. Sie leugnen das, weil, wie Sie sagen, die diplomatischen Beziehungen der beiden Regierungen während der letzten zwei Jahre sich gebessert hatten, und weil die im Jahre 1911 vorwaltende Spannung im Jahre 1914 nachgelassen habe. Ich bestreite keine dieser Behauptungen. Aber hinter dieser oberflächlichen Besserung lagen materielle Faktoren und psychologische Wirkungen, die durch den Marokkostreit hervorgerufen waren, einen Streit, der den ganzen Charakter des Verhältnisses zwischen England und Deutschland in den Tiefen getrübt und allerdings innerlich umgewandelt hatte.

Materiell hatte der Streit die Macht der kriegerischen Einflüsse in Deutschland ungeheuer gesteigert, hatte das Verlangen nach vermehrtem Bau von Kriegsschiffen geschärft, mit entsprechenden Folgen diesseits, und hatte den Einfluß, den der Kaiser und der Reichskanzler ausübten, geschwächt — denn dieser Einfluß ging in der Richtung des Friedens, wie das französische Gelbbuch urkundlich bezeugt.

Die psychologischen Wirkungen waren noch verhängnisvoller. Der Abschluß des Streites ließ die öffentliche Meinung in England immer noch im Banne der Sage, daß sowohl 1905 als 1911 die Handlungsweise der deutschen Regierung planmäßig aufreizend, schlechthin unverantwortlich gewesen sei und darauf abgezielt habe, die *Entente* zu brechen; während die einfachen Tatsachen sind, daß bei der ersten Gelegenheit (1905) auf deutscher Seite es sich handelte um einen Protest gegen geheime Abmachungen, die über ein Land verfügen wollten, mit dem das Deutsche Reich amtliche Beziehungen unterhielt und woran es zunehmende wirtschaftliche Interessen hatte, während bei der zweiten Gelegenheit (1911) es sich handelte um einen Protest gegen die Methode, in der jene geheimen Abmachungen dem positiven europäischen Völkerrecht, wie es in der Algeciras-Akte niedergelegt war, zum Trotze ausgeführt wurden: denn diese Akte hatte feierlich die Unabhängigkeit und Integrität von Marokko verkündet — jener „Papierfetzen“, den die britische Regierung und die französische vereint unterzeichnet hatten. Der Abschluß

des Streites beließ die öffentliche Meinung in England unter dem Drucke des Irrtums, daß in dem berühmten Gespräche zwischen dem deutschen Staatssekretär und dem französischen Botschafter am sechzehnten Juli (auf dem falschen Bericht über dies Gespräch beruhte die Rede Lloyd Georges) jener (der Staatssekretär) dem französischen Botschafter sozusagen die Pistole auf die Brust gesetzt und ausschweifende Forderungen gestellt, namentlich die Abtretung des französischen Vorkaufrechts auf den Kongo-Staat verlangt habe; während, wie der französische Minister des Auswärtigen nachher in der Kammer darlegte — Monate nachdem das kritische Stadium vorüber war — und wie das noch später herausgegebene französische Gelbbuch eingehender beurkundet (Nr. VI 1912), das Gespräch damit anfang, daß der Vertreter des Deutschen Reiches in eine französische Schutzherrschaft über Marokko einwilligte und eine kleine deutsche Kolonie nebst einem Stück von einer zweiten zum Austausch anbot für einen Teil des französischen Kongo, offenbar einen größeren Teil, als er zu erlangen erwarten konnte, der aber nur in allgemeinsten Umrissen angedeutet wurde, indem er einen Bleistift über eine Karte gleiten ließ; während der Kongo-Staat überhaupt gar nicht erwähnt wurde.

Der Abschluß des Streites hatte in der deutschen öffentlichen Meinung die Überzeugung befestigt, daß England in einen französisch-deutschen Streit sich drohenderweise eingemischt und sich auf Frankreichs Seite gestellt habe; und daß in jenem Streite Deutschland ein unbezweifeltes Recht für sich hatte, das in erster Linie auf einem internationalen Abkommen (der Algeciras-Akte) beruhte, und worin englische Interessen weder gefährdet noch auch nur in Frage gestellt waren; daß das amtliche England in entschiedenster Weise einer allgemeinen französisch-deutschen Versöhnung sich entgegenstemmte, und entschlossen war, die Flotten-Frage dadurch zu lösen, daß es bei der ersten günstigen Gelegenheit Deutschland einen Krieg aufnötigte. Dieser Eindruck wurde sicherlich nicht abgeschwächt durch die Enthüllungen über britische militärische und marinistische Rüstungen, wie sie später von mehreren englischen Politikern und Schriftstellern gemacht wurden.

Diese Täuschungen und Eindrücke blieben unberichtigt und unausgeglichen. Sie bissen weit tiefer, als irgendein rein diplomati-

scher Streit hätte tun können. Sie brachten eine verborgene Stimmung von großer Gefährlichkeit hervor, eine Stimmung von der Art, die diplomatische Flickarbeit nicht erheblich modifizieren konnte; die gesamte Lage hätte nur gerettet werden können durch eine vertrauliche Konferenz zwischen denen, die auf jeder Seite im Besitz der höchsten Verantwortlichkeit sind, durch eine bestimmte und entschlossene Anstrengung, die gegenseitige Stellung in allen ihren Konsequenzen klar zu erkennen, die nationalen Schwierigkeiten, Befürchtungen und Nöte jeder Partei in bezug auf jene Stellung auszumessen, und einen Weg ins Freie zu finden.

Ihr ergebener

21. Febr.

E. D. Morel.

V.

An den Herausgeber des „New Statesman“.

Von Anglo-French.

(*New Statesman*, Febr. 27. 1915.)

Geehrter Herr.

Sir Harry Johnston sagt in seinem interessanten Artikel vom 6. Februar: „Französische Staatsmänner hätten unmißverständliche Winke fallen lassen, dahingehend wenn Deutschland Metz und das französisch sprechende Lothringen abtreten und Luxemburg von jeder Verbindung mit dem Deutschen Reiche scheiden wolle, so werde es Frankreich bereit finden, an Deutschland den größeren Teil von Französisch-Kongo abzutreten.“ Weiterhin sagt Sir H. Johnston, daß, um zu einer schließlichen Verständigung mit Frankreich zu gelangen, für Deutschland nichts weiter nötig gewesen sei, als „Metz und die Linie der Seille, einige 450 Quadratmeilen, aufzugeben“.

Ein Ausgleich von der Art, wie Sir H. Johnston an erster Stelle erwähnt, ist allerdings, wie ich glaube, vorgeschlagen worden: zwar nicht von französischen Staatsmännern, aber doch von einem französischen Staatsmann. Freilich der Vorschlag eines Staatsmannes hat keinen großen Wert, es sei denn, daß man die Sicherheit besitzt, dieser Staatsmann spreche im Namen seiner Regierung. Es würde mich ungemein überraschen, zu hören, daß irgendeine französische Regierung jemals ihre Bereitschaft erklärt hat, wie das zweite Zitat Sir H. Johnstons behaupten zu wollen scheint, irgendeinen Ausgleich in dieser Art zu schaffen. Der einzige französische Staatsmann, der während der letzten Jahre einen ernsthaften Versuch gemacht hat, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen, ist nicht durch die Abneigung Deutschlands, sondern durch russischen Einfluß in Frankreich und durch die Weigerung seiner eigenen Regierung,

ihm zu folgen, gehemmt worden. Mit charakteristisch impulsiver Art versprach er mehr, schlug er mehr vor, als er in der Lage war, zu leisten. Jener Staatsmann erntete den unauslöschlichen Haß Rußlands und der französischen Chauvinisten, und wenigstens die Hälfte des französischen Volkes hat sich überzeugen lassen, daß er ein von Deutschland gekaufter Verräter sei.

Seitdem Herr Poincaré Premierminister wurde, hat Frankreich keine eigene auswärtige Politik mehr gehabt und hat einfach die Weisungen, die ihm von Rußland gegeben wurden, befolgt. So vertrauensvoll rechnete die russische Regierung auf die vollkommene Unterwürfigkeit Frankreichs, daß sie nicht nur eine allgemeine Mobilmachung am 30. Juli anordnete, ohne die französische Regierung zu fragen, sondern sich nicht einmal die Mühe nahm, die französische Regierung davon zu unterrichten, nachdem der Befehl erteilt worden war. Herr Viviani lernte die Tatsache erst kennen durch den deutschen Botschafter am 31. Juli, 7 Uhr abends, in Paris. Ferner: wenn ich auch nicht glaube, daß die Ministerien Poincaré, Briand und Barthou den Krieg gewünscht haben, so handelten sie doch, als ob es der Fall wäre, und dies ist, in allen praktischen Beziehungen, geradezu schlimmer.

In seiner Depesche vom 22. November 1913 (Nr. 6 des französ. Gelbbuchs) berichtet Herr Jules Cambon über eine Unterredung, die der König der Belgier etwa 14 Tage früher mit dem Deutschen Kaiser gehabt habe. Des Königs Eindruck sei gewesen, daß die Haltung des Kaisers völlig verändert war; „man habe ihn zu der Ansicht gebracht, daß der Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei“. Herr Cambon sagt nicht, welche Gründe der Kaiser für seine Sinnesänderung gegeben habe, aber diese Gründe gehen deutlich hervor aus der Antwort des Königs der Belgier, wie Herr Cambon sie wiedergibt:

Der König der Belgier beteuerte, die Absichten der französischen Regierung so auslegen, heiße sie verzerren, und heiße sich in bezug auf die Gesinnungen der französischen Nation durch die Kundgebungen einiger Heißsporne oder gewissenloser Intriganten irreleiten zu lassen.

Im Jahre 1913 war Herr Poincaré mit der einmütigen Unterstützung der französischen Kriegspartei zum Präsidenten der Republik erwählt worden, und das Dreijahresgesetz war durch-

gegangen, in Übereinstimmung mit den Befehlen Rußlands, wie sie Herrn Poincaré erteilt waren während seines Besuches in St. Petersburg 1912. Bei den allgemeinen Wahlen im letzten Frühling entschied sich das französische Volk gegen die „Heißsporne“ und „gewissenlosen Intriganten“, und das Wahlergebnis wurde von der Friedenspartei in Deutschland als eine erste Kundgebung für den Frieden begrüßt. Unter dem Einfluß der russischen Regierung, die gegen gewisse französische Staatsmänner, die als Freunde des Friedens und Fürsprecher einer Verständigung mit Deutschland bekannt waren, ihr *Veto* einlegte, setzte Herr Poincaré sich über die Entscheidung des Landes hinweg — und die Kammer ergab sich darin; dies muß die Überzeugung verstärkt haben, zu der der deutsche Kaiser gelangt war im November 1913.

Nichtsdestoweniger versuchte Deutschland einen Krieg mit Frankreich und England zu vermeiden. Ich gebe zu, daß „von dem Augenblick an, wo die Deutschen die belgische Grenze beschritten“, dem britischen Reiche der Krieg aufgenötigt war. Aber ehe die Deutschen Belgiens Grenze überschritten, erbot sich der Deutsche Kaiser, seine Truppen von der französischen und belgischen Grenze zurückzuziehen und sich des Angriffs auf Frankreich zu enthalten, wenn England und Frankreich neutral bleiben wollten im Kriege zwischen Deutschland und Rußland. Ebenso wie Sir Edward Grey „nehme ich an“, daß die französische Neutralität in einem solchen Falle „aller Wahrscheinlichkeit nach mit den Punktationen des französisch-russischen Bündnisses unverträglich war“; aber wenn dies sich so verhält, so befindet sich Frankreich im Kriege, weil es verpflichtet war, Rußland zu unterstützen, nicht weil es von Deutschland angegriffen war. Der Krieg mit Rußland war Deutschland nicht aufgezwungen¹⁾, wohl aber der Krieg mit Frankreich. War Frankreich einmal beteiligt, so wäre England wahnsinnig gewesen, wenn es sich der Teilnahme enthalten hätte, selbst wenn Deutschland nicht den Angriff auf Belgien gemacht hätte. Aber England und Frankreich sind noch mehr wahnsinnig gewesen, daß

¹⁾ Das Urteil des sonst so unbefangenen Verfassers versagt hier, weil er sich nicht vorzustellen vermag, wie notwendig gegenüber den ungeheuren Massen, die Rußland mobil machte, und bei der Ausdehnung der preußisch-russischen Grenze, ein rasches Handeln von deutscher Seite war! (Anm. des Herausgebers.)

sie sich durch die im Jahre 1905 inaugurierte Politik auf diesen Punkt gebracht haben, als das britische Auswärtige Amt die deutschen Anbahnungen zu einer Verständigung ablehnte, die England in die Lage versetzt hätte, Frankreich und Deutschland zusammenzubringen. Seitdem haben wir in plumper Weise gearbeitet für den Panslawismus (*we have plumped for Pan-Slavism*), und alles übrige folgt auf natürliche Weise.

Der Satz in Sir H. Johnstons Artikel, der mir am besten gefällt, ist dieser: „Abgesehen von diesen Einschränkungen taten wir seit 1910 nichts, um Deutschland in seinen Ausdehnungsplänen zu hindern.“ Die Einschränkungen bestanden lediglich darin, daß wir Deutschland, das einzige Land, das noch Kolonien nötig hat, unsern Widerstand entgegensetzten, wenn es irgendeine Kolonie, die ihm im geringsten nützen konnte, erwerben wollte, und nachdem wir alles irgendwie wertvolle Gebiet in der Welt — außer Südamerika — aufgeteilt hatten, sagten wir Deutschland in Gnaden zu, es möge alles erhalten, was übrig bleibe. Frankreich, das keine überschüssige Bevölkerung für irgendeine Kolonie hat, grappste Marokko; Italien grappste Tripolis; Rußland legte seine Hand auf Persien und schickte sich an, Galizien und Konstantinopel zu grappsen: Japan ist jetzt, mit unserer Genehmigung, im Begriffe, seine langgehegten Absichten gegen China zu verwirklichen. Als Gegenrechnung gegen diese unbedeutenden Erwerbungen haben wir dem Deutschen Reiche nachgegeben in Samoa, haben ihm Helgoland abgetreten und sogar „die Abtretung von Sansibar in Erwägung gezogen“! — Wäre nicht jedes andere als dies „unertürlich aggressives Volk“ dankbar gewesen für unsere Großmut und Mäßigung?

Ihr ergebener

Anglo-French.

Paris, den 18. Februar 1915.

Die hier mitgeteilten Aktenstücke sind zum größeren Teil übersetzt worden von Herrn H. Hennings, zum kleineren vom Herausgeber, der das Ganze revidiert hat und die Verantwortung für genaue und sinntrue Wiedergabe auf sich nimmt.

Verlag von Julius Springer in Berlin

Eine Frage!

Wie erhalten wir der Zukunft die
erhebenden Kräfte dieses Krieges?

Von

Johannes Marbod

6. Tausend

Preis M. —,50

Der Krieg und die Frauen

Von

Dr. Agnes von Harnack

3. Tausend

Preis M. —,60

Bei Bezug von 10 Exemplaren an Preis je M. —,50
von 25 Exemplaren an Preis je M. —,40

Das Völkerrecht

Systematisch dargestellt

von

Dr. Franz von Liszt

o. ö. Professor der Rechte der Universität Berlin

Zehnte, umgearbeitete Auflage

Preis M. 12,—; in Halbleder gebunden M. 14,40

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Vom gleichen Verfasser sind erschienen:

Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. 2. Auflage. Berlin, Karl Curtius. 1912. Preis 7,50 M., geb. 9,— M.

Thomas Hobbes, der Mann und der Denker. 2. Auflage von Hobbes' Leben und Lehre. — Osterwieck und Leipzig, A. W. Zickfeldt. 1912. Preis 4,— M., geb. 4,60 M.

Philosophische Terminologie in psychologisch-soziologischer Ansicht. (Gekrönte Preisschrift.) Leipzig, Theod. Thomas. 1906. Preis 3,50 M., geb. 4,50 M.

Die Sitte. Frankfurt a. M., Ruetten & Loening. 1909. Preis 1,50 M., geb. 2,— M.

Die Entwicklung der sozialen Frage. (Sammlung Göschen Bd. 353.) 2. Auflage. Preis 0,90 M.

Schiller als Zeitbürger und Politiker. Berlin, Buchverlag der „Hilfe“. 1905. Preis kart. 1,— M.

Halifax Marquis, Charakterbild eines Königs. Nebst moralischen und politischen Aphorismen. Berlin, K. Curtius. 1910. Preis 1,— M.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verlag von Julius Springer in Berlin

Eine Frage!

Wie erhalten wir der Zukunft die
erhebenden Kräfte dieses Krieges?

Von

Johannes Marbod

6. Tausend

Preis M. —,50

Der Krieg und die Frauen

Von

Dr. Agnes von Harnack

3. Tausend

Preis M. —,60

Bei Bezug von 10 Exemplaren an Preis je M. —,50
von 25 Exemplaren an Preis je M. —,40

Das Völkerrecht

Systematisch dargestellt

von

Dr. Franz von Liszt

o. ö. Professor der Rechte der Universität Berlin

Zehnte, umgearbeitete Auflage

Preis M. 12,—; in Halbleder gebunden M. 14,40

Zu beziehen durch jede Buchhandlung